

KOMMENTAR VON PIT WUHRER

Ein Stresstest der Glaubwürdigkeit

Eine erste Entscheidung über den umstrittenen Tiefbahnhof Stuttgart 21 rückt näher. Übersteht das Projekt den vereinbarten Stresstest, könne gebaut werden, behaupten die BefürworterInnen – und mauern.



Seit am 14. Juni die Vorbereitungsarbeiten für den Stuttgarter Tiefbahnhof wieder aufgenommen wurden, nehmen die Proteste der Gegner erneut zu. FOTO: ALEX DOMANSKI, REUTERS

So früh hat es selbst in Stuttgart schon lange keine Kundgebung mehr gegeben: Um sechs Uhr morgens versammelten sich am Montag mehrere Hundert GewerkschafterInnen, um die Zufahrt zu einer Baustelle der Deutschen Bahn AG (DB) am Hauptbahnhof zu blockieren.

Betriebsräte und Sekretäre von IG Metall und Verdi begründeten die Aktion gegen das gigantische Projekt des Kellerbahnhofs Stuttgart 21 (S21) anstelle des bestehenden Kopfbahnhofs mit den drohenden Verschlechterungen im öffentlichen Nah- und Regionalverkehr. Sie argumentierten mit den immensen hohen Kosten zulasten der Kultur- und Sozialerstatt und kritisierten, dass die Bauherren – die Bahn, der Bund, das Land Baden-Württemberg und die Stadt – den Einsatz von Billigstarbeitern planen. Es wäre nicht das erste Mal: Als FinanzinspektorInnen Anfang des Jahres 2010 eine DB-Baustelle am Stuttgarter Hauptbahnhof überprüften, fanden sie heraus, dass über die Hälfte der kontrollierten Bauarbeiter schwarz beschäftigt waren.

Die Proteste der Bevölkerung nehmen also wieder zu. Nach dem Erfolg der Grünen bei der Landtagswahl im März hatten sich so manche S21-GegnerInnen zurückgelehnt: Die Grünen würden es schon richten. Aber danach sieht es im Moment nicht aus. Der grüne Verkehrsminister Winfried Hermann, ein entschiedener Gegner des Projekts, steht unter enormem Druck. Und so beteiligten sich an der 81. Montagsdemonstration zu Beginn dieser Woche wieder mindestens 5000 Menschen. Für den kommenden Samstag ist eine weitere Grossdemonstration angekündigt.

Das ist gut so. Denn allzu lang konnte der DB-Vorstand die Interpretationshoheit in diesem scheinbar lokalen, längst aber bundesweit bedeutsamen Konflikt für sich reklamieren. Was haben sich die BürokratInnen nicht alles einfallen lassen! Zuerst ignorierten sie die gravierenden Einwände, die seit über fünfzehn Jahren vorgebracht werden (siehe WOZ Nr. 32/10). Als der Widerstand unübersehbar wurde, diffamierten sie die Opposition als Wutbürgertum, als Aufstand der Gutbetuchten aus den Stuttgarter Villenvierteln. Dann bejubelten sie den Schlichtungsversuch des Altpolitikers Heiner Geissler (CDU), der das Projekt im Wesentlichen guthieß, obwohl die Schlichtungsanhörung die zahllosen Nachteile und Risiken von S21 offenbarte (Geissler empfahl lediglich eine Optimierung des Vorhabens).

Und seit der Landtagswahl, die eine zutiefst gesplante grün-rote Regierung hervorbrachte (die Grünen befürworten eine Modernisierung des Kopfbahnhofs, die SPD-MinisterInnen wollen S21 durchsetzen), schauen die Medien nur noch auf den sogenannten Stresstest. Mit ihm soll die Bahn per Computer-

simulation beweisen, dass der neue Bahnhof leistungsfähiger ist als der alte. Dabei allerdings, und das wird gerne unterschlagen, liegt die Messlatte nicht dort, wo sie hingehört: Als Vergleich dient nämlich nicht die frühere und problemlos wiederherstellbare Kapazität des Kopfbahnhofs (die war in den letzten Jahrzehnten systematisch abgebaut worden), sondern das heutige Verkehrsaufkommen. Ebenfalls weitgehend vergessen sind andere kritische Punkte des Projekts: das unzureichende Notfallkonzept, die Abschüssigkeit der Perrons, die Grundwasserproblematik, die immer noch ungeklärte Anbindung der Gäubahn (über die man von Zürich aus Stuttgart erreicht).

Das baden-württembergische Verkehrsministerium weist immer wieder auf diese neuralgischen Punkte hin und verlangt Aufklärung. Doch die bundeseigene Bahn mauert. Der Bahnvorstand und die Regierung in Berlin wollen auf Biegen und Brechen S21 durchpauken. Andernfalls, so befürchten sie nicht zu Unrecht, würden sich ähnliche Grosstechnikprojekte kaum realisieren lassen. Deshalb geht die DB mit Fakten auch recht locker um. Als beispielsweise Verkehrsminister Hermann wissen wollte, wie die Bahn ihre 56-Mil-

lionen-Euro-Schadenersatzforderung im Falle einer Verlängerung des Baustopps begründet, schickte ihm der DB-Technikvorstand Volker Kefer Anfang Juni ein vierseitiges Fax mit ein paar handschriftlich hingeschluderten Zahlen. Und seit dem Wochenende kann als erwiesen gelten, was viele bisher nur vermuteten – dass die Bahn die Kosten des Projekts in der Vergangenheit stets schöngerechnet hat. Das ergaben jedenfalls Unterlagen, die der «Spiegel» veröffentlichte: Schon vor zwei Jahren seien die Kosten bahntern mit weit über 4,5 Milliarden Euro berechnet worden. 4,5 Milliarden aber sind die Obergrenze, auf die sich die S21-BetreiberInnen geeinigt haben.

Dass es die Bahn mit ihren Angaben nicht so genau nimmt, ist seit den Schlichtungsgesprächen bekannt. Dennoch titelten vor zehn Tagen alle grossen Tageszeitungen: «Stuttgart 21 besteht Stresstest der Bahn». Sie publizierten unhinterfragt eine Meldung der Bahn: dabei ist das Zürcher Verkehrsplanungsbüro SMA, das den Test überprüft, bisher zu keinem Ergebnis gelangt. Von oben wird viel Druck aufgesetzt.

Aber immerhin: Einen kleinen Erfolg haben die S21-GegnerInnen Anfang dieser Woche doch verbuchen können. Ihnen werde zu wenig Zeit für eine seriöse Sichtung der Bahndokumente eingeräumt, klagten sie. Dieses Argument leuchtete sogar Geissler ein, dessen Hauptaufgabe darin besteht, die Oppositionsbewegung einzufangen und zu neutralisieren: Man werde die für den 14. Juli geplante Veröffentlichung des Tests wohl verschieben, sagte er.

BDS-KAMPAGNE

Strategische Gefahr

Zurzeit ruft eine internationale Kampagne dazu auf, keine israelischen Produkte mehr zu kaufen. Der Boykott wird in Israel heftig kritisiert – allerdings findet er auch Zustimmung.

VON SARA WINTER SAYILIR

Wenn es nach den InitiantInnen der Kampagne «Boykott, Desinvestitionen, Sanktionen» (BDS) geht, sollen KonsumentInnen ab sofort importierte Ware aus Israel wie Basilikum, Orangen oder Frühkartoffeln im Regal liegen lassen.

Die internationale BDS-Kampagne, die von zahlreichen palästinensischen Organisationen lanciert wurde, orientiert sich am Vorbild des gewaltfreien Protests der achtziger Jahre gegen das Apartheidregime in Südafrika (siehe WOZ Nr. 25/11). Sie fordert, den weltweiten Kauf und Verkauf israelischer Produkte einzustellen, Investitionen aus Israel zurückzuziehen und internationale Sanktionen zu verhängen.

Ziel der BDS ist es, internationalen Druck auf Israel auszuüben, um das Land zu einem Abzug aus den besetzten Gebieten des Westjordanlands und Ostjerusalems zu bewegen. Weitere Forderungen der BDS-Kampagne sind die Aufhebung der Blockade des Gazastreifens, der Abriss der völkerrechtswidrigen Sperranlagen, die die israelische Regierung seit 2003 durch das Westjordanland baut, sowie gleiche demokratische Rechte für alle BewohnerInnen des «historischen Palästina» und das Rückkehrrecht für die palästinensischen Flüchtlinge.

1967 besetzten israelische Truppen das Westjordanland, die Golanhöhen und den Gazastreifen. Obwohl die Besatzung völkerrechtswidrig ist, zementiert der stetige Ausbau der israelischen Siedlungen die Präsenz der BesatzerInnen im Westjordanland. Etwa eine halbe Million Israelis leben dort. Mittlerweile werden in den Siedlungen auch zahlreiche Lebensmittel und andere Exportgüter Israels produziert.

In Israel selbst ist der internationale Boykottaufruf heftig umstritten. Während die Kampagne in linken Kreisen gewisse Unterstützung findet, lehnen die meisten Israelis diese strikt ab. Das spiegelt sich auch in einer aktuellen Parlamentsdebatte wider. In einer ersten Abstimmung im März billigte die Knesset einen Gesetzentwurf zum generellen Verbot von Boykotten. Initiant der Vorlage ist der Likud-Abgeordnete Zeev Elkin. Zwei Dutzend weitere Knesset-Abgeordnete unterstützen ihn. Der Gesetzentwurf sieht die strenge Bestrafung israelischer Einzelpersonen, Firmen und Organisationen vor, die einen solchen Boykott organisieren. Ausserdem gestattet die enthaltene «Rawabi-Klausel» dem israelischen Finanzministerium, an einem Boykott teilnehmende Firmen von staatlichen Ausschreibungen auszuschliessen. Linke Knesset-Abgeordnete kritisieren die Vorlage als Gefahr für die Meinungsfreiheit und Israels internationalen Ansehen.

Moderate Kräfte diskreditieren

Laut Michael Bröning, Leiter des Büros der Friedrich-Ebert-Stiftung in Ostjerusalem, reflektieren die israelischen Reaktionen auf den gewaltlosen Widerstand der PalästinenserInnen – zu dem auch die BDS-Kampagne zählt – die generelle Haltung der israelischen Politik in diesem Konflikt: Ziel sei es, die moderaten Kräfte auf der palästinensischen Seite zu delegitimieren und zu diskreditieren. (Im März veröffentlichte Bröning sein Buch: «The Politics of Change in Palestine. State Building and Non-Violent Resistance», Pluto Press, worin er die Reaktionen der verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen Israels auf den gewaltlosen Widerstand der PalästinenserInnen untersucht.) Bröning führt aus, dass die Massenmedien sowie die politischen, militärischen und wirtschaftlichen EntscheidungsträgerInnen den gewaltlosen palästinensischen Widerstand als höchst kritisch betrachten. Er gilt als strategische Gefahr und trotz der erklärten Gewaltlosigkeit als militant. Unbewaffnete AktivistInnen würden vielfach mit gewaltsamen TerroristInnen gleichgesetzt, schreibt Bröning.

Doch es gibt in Israel auch versöhnlichere Stimmen. Diese finden sich innerhalb der israelischen Linken und teilen sich in drei Gruppen: die UnterstützerInnen der BDS-Kampagne, die

dialog- und friedensorientierten GegnerInnen und diejenigen, die sich eine bessere Differenzierung des Boykotts wünschen.

Zu den BDS-UnterstützerInnen gehören neben bekannten ProfessorInnen wie dem Historiker Ilan Pappé und der Linguistin Rachel Giora die UnterzeichnerInnen einer Solidaritätserklärung auf der Website www.boycottisrael.info. Auch internationale jüdische Organisationen wie das International Jewish Antizionist Network haben sich für den Boykott ausgesprochen.

«Ist gegen den Dialog»

Avital Shapira vom israelischen Gewerkschaftsbund Histadrut ist diese Haltung fremd. Sie ist eine der GegnerInnen der Kampagne. Shapira hält BDS für kontraproduktiv, da die Kampagne den Friedensprozess gefährde: «Man sollte sich mittels Verhandlungen um Frieden und ein entsprechendes Abkommen bemühen, statt auf Einschüchterungsmassnahmen und Embargos zurückzugreifen.» Auch Avraham Burg, israelischer Autor und ehemaliger Spitzenpolitiker, ist ein Gegner. Burg, der mit dem ehemaligen israelischen Ministerpräsidenten Ehud Olmert befreundet ist, dessen Politik jedoch scharf kritisierte, setzt sich klar für einen Dialog ein: «Ich glaube nicht an einseitige Schritte. Ich lehne jeden unilater-

alen Lösungsansatz ab, und für mich ist jede Art von Boykott eine Massnahme gegen den Dialog.»

Tamar Zandberg, Abgeordnete der linken Meretz-Partei im Stadtrat von Tel Aviv, zählt zu denjenigen, die differenzieren. Sie versteht die BDS-AktivistInnen und ihre Frustration in Bezug auf den stagnierenden Friedensprozess. Ihrer Meinung nach ist der Rückgriff auf internationale Solidaritätsbekundungen aber der falsche Weg: «Wir sehen unsere Aufgabe darin, die israelische Gesellschaft zu überzeugen, auch in dunklen Zeiten wie diesen. Wir sollten

«Made in Israel?»

Ein differenzierter Boykott von Waren aus den besetzten Gebieten ist hierzulande aufgrund der problematischen Deklaration der Importwaren schwierig. Da jeder Staat – also auch Israel – die Bedingungen selbst festlegt, nach denen ein Produkt als im Inland hergestellt gilt, ist beim Import von Waren «Made in Israel» nicht unmittelbar zu erkennen, ob ein Produkt aus einer Siedlung oder aus dem völkerrechtlich anerkannten Staatsgebiet Israels stammt. Eine differenzierte Deklaration ist bisher nur im Lebensmittelbereich vorhanden, wo eine zusätzliche Herkunftsangabe verpflichtend ist.

nicht aufgeben und uns auf externe Hilfe verlassen», fordert Zandberg, «denn es liegt in unserer Verantwortung, für unsere eigene Gesellschaft zu kämpfen.» Zandberg selbst kauft keine Produkte, die von israelischen SiedlerInnen in den besetzten Gebieten hergestellt werden. Damit möchte sie auf den Unterschied zwischen dem legitimen Staat Israel und der illegitimen Besatzung des Westjordanlandes hinweisen.

Forderung nach Ausgewogenheit

Diese Differenzierung ist für viele israelische Linke von grosser Bedeutung. Der Historiker und Publizist Tom Segev etwa kauft wie Zandberg keine Produkte aus den besetzten Gebieten, fordert jedoch Ausgewogenheit bei internationalen Kampagnen wie der BDS: «Menschen, die einen generellen Boykott israelischer Waren und Institutionen befürworten, sollten einen ähnlichen Boykott gegen Waren aus anderen Ländern, die die Menschenrechte verletzen, fordern.» Und fügt hinzu: «Hierzu gehören beispielsweise China und die Schweiz.»

«Wir sollten nicht aufgeben und uns auf externe Hilfe verlassen.»

Tamar Zandberg, linke Stadträtin, Tel Aviv